

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXIV/144

Bonn, den 1. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 1a	<u>Aus der Geschichte nichts gelernt?</u> Die Unions-Parteien und ihre Stellung zur NPD	65
2 - 4	<u>Reformpolitik zielstrebig fortsetzen</u> Bildung entscheidet unser Schicksal Von Bernhard Wittmann	113
5 - 6	<u>Hessen macht ernst</u> Verwaltungsreform als Chance Von Albert Osswald, hessischer Finanzminister	81
7	<u>Frankreichs Weg nach Europa</u> Bereitschaft zu konkreten Verhandlungen Von Georg Scheuer, Paris	43

Aus der Geschichte nichts gelernt?

Die Unions-Parteien und ihre Stellung zur NPD

sp - Die Fähigkeit, aus der Geschichte zu lernen, ist auch bei Politikern nicht überall gleichmäßig entwickelt. Da gibt es ganz beträchtliche Unterschiede. Unter Demokraten, so sollte man meinen, dürfte es aber keine unterschiedliche Auffassung und Bewertung über die Zielsetzung der NPD und deren geistig-politischen Hintergrund geben. Die Nachfolger der Verderber Deutschlands können ihren Ursprung nicht verleugnen. Schon ihr Name enthält eine Lüge. Die NPD ist weder demokratisch noch national, sie ist eine Partei, die sich trotz aller Tarnungsversuche orientiert an unheilvollen Vorbildern, Wunschdenken und Irrtümern einer schrecklichen Vergangenheit. Diesen Fleck auf der politischen Landkarte der Bundesrepublik wieder zum Verschwinden zu bringen oder ihn zumindest möglichst klein zu halten, gebietet das Lebensinteresse unseres ganzen Volkes. Im Westen und im Osten, im Norden und im Süden unseres gespaltenen Vaterlandes ist man sich über den neonazistischen Charakter der NPD im klaren. Wenn es etwas gibt, was einander widerstrebende Kräfte und Mächte gegen das deutsche Volk miteinander verbinden kann, dann ist es die Existenz und das Wirken der Partei des Herrn von Thadden.

Das sollte sich auch bei den Spitzen der Unions-Parteien herumgesprochen haben. Doch hier scheint politische Instinktlosigkeit am Zuge zu sein. Denn nicht anders lassen sich die in den letzten Tagen gemachten Äußerungen von führenden CDU-Politikern über die NPD erklären, der, entgegen jeden Wahrheitsgehalt, bescheinigt wurde, sie wäre keine neonazistische Partei und ihr Wirken verstehe sich aus dem allgemeinen Bedürfnis nach "Ruhe und Ordnung". Die Gefährlichkeit dieses Reinwaschungsversuches liegt auf der Hand und rechtfertigt die Schockwirkung, die er auslöst. War dies alles nur ein gedanklicher Ausrutscher, oder treten hier Bewußtseinslagen zutage, die eine erschreckende Mentalität, Blindheit und Instinktlosigkeit erkennen lassen?

Die CDU/CSU war am 5. März dieses Jahres bereit, ihren Präsidentschaftskandidaten Dr. Schröder mit den Stimmen der NPD wählen zu lassen. Zum Glück für Volk und Staat unterlagen die Unionsparteien in der Berliner Bundesversammlung. Welch außerpolitischer Scherbenhaufen wäre

im Fall des Gegenteils hier angerichtet worden! Es gibt keine CDU-Aussage zu diesem unentschuldbaren Sündenfall. Die Unions-Parteien haben ihn hingenommen, weil für sie der Parteiegoismus höher stand als das wiedergewonnene Ansehen der Bundesrepublik und die Beachtung des nationalen Interesses. So weit kann Selbstverblendung gedeihen.

Es ist eine unbestreitbare historische Tatsache, daß die Parteien rechts von der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik ein sehr vages Verhältnis zur Demokratie hatten, daß sie kein Gespür dafür besaßen, was der deutsche Rechtsradikalismus an Gefahr für den Bestand der ersten demokratischen Republik in Deutschland bedeutete. Sie verbanden sich mit ihm in der berüchtigten Harzburger Front in der Hoffnung, die deutsche Linke bändigen zu können und ihren Konservatismus zu retten. Ihren Hauptgegner sahen sie in der deutschen Sozialdemokratie. Ihr galt ihr ganzer Haß, den sie kräftig schürten. Für die Blindheit dieser Kräfte hatte unser Volk, Europa und die Welt einen schrecklichen Preis zu zahlen.

In der Beurteilung der NPD als eine für das deutsche Volk zerstörerischen Kraft scheiden sich die Geister. Verbale Bekenntnisse zur Demokratie erhalten Wert oder Unwert durch das eigene Verhalten. Die Aussagen führender CDU/CSU-Politiker über ihre Stellung zu dieser Partei sind ins Zwielficht geraten. Sie markieren die Spitze eines Eisberges, der recht tief geht.

Lernen aus der Geschichte? Das scheint doch recht schwer zu sein. Wo Blindheit vorherrscht, können Erkenntnisse nicht gedeihen. Der Versuch, die NPD hoffähig zu machen, indem man ihr Ungefährlichkeit bescheinigt, muß scheitern an der Wachsamkeit aller Demokraten.

+ + -

"Ich möchte endlich einmal Vorsitzender einer Partei sein, in der man die Leute so richtig auf Vordermann bringen kann: 'Die ganze Partei stillgestanden!... Habt acht!... Die Augen links!... Augen rechts!' und so ..."

Franz-Josef Strauß, zitiert in "Bild am Sonntag" vom 29. Dezember 1968

Reformpolitik zielstrebig fortsetzen

Bildung entscheidet unser Schicksal

Von Bernhard Wittmann

Das ist das, was sich die Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland erneut vorgenommen und durch eine Erklärung in aller Öffentlichkeit bekräftigt haben: Sie sind entschlossen, ihre Reformpolitik zielstrebig fortzusetzen.

Dies drücken sie in einer Erklärung aus, die sie anlässlich ihrer 131. Plenarsitzung in Bonn zur kulturpolitischen Situation abgaben. Es ist eine bedeutsame Erklärung. Und ihre Bedeutsamkeit wird noch erhöht durch den Zeitpunkt ihrer Abfassung: vor den Bundestagswahlen in diesem und den Landtagswahlen in verschiedenen Bundesländern im nächsten Jahre.

Die Kultusminister machen auch keinen Hehl daraus, warum sie diese Erklärung abgegeben haben: "Sie sind sich bewußt, in welchem Maße die expansive Entwicklung aller modernen Industriestaaten die Bildungspolitik vor große und schwierige Aufgaben stellt." Mit dieser Fassung wollen sie sicher gleichermaßen auf die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Industrienationen als auch auf die innerbundesrepublikanischen Verhältnisse abzielen. Und in der Tat, wer sich nur einigermaßen mit Bildungsfragen befaßt hat, weiß, wie berechtigt die Sorgen der Kultusminister sind. Außerdem stehen die Kultusminister mit ihren Sorgen nicht allein da: sie beschwören kompetente und sicher auch geachtete und unverdächtige Gremien - die Bildungskommission des Bundesrates und die Europäische Erziehungsministerkonferenz. Sie fühlen sich weiter bestärkt "durch das wachsende Interesse einer breiten Öffentlichkeit, die den Ernst und die Chance der Situation erkannt hat."

So empfehlen die Kultusminister den Parlamenten und Regierungen für die nächste Zukunft eine Reihe notwendiger und konkreter Maßnahmen. Im Bereich des Schulwesens zielen diese auf die Verbesserung der Chancengleichheit und die Hebung des Leistungsniveaus ab. Es sind im einzelnen:

- * frühzeitige, individuelle und freiwillige Vorschulerziehung und
- * Möglichkeit einer Einschulung nach dem 5. Lebensjahr;
- * Verbesserung der Grundschuldidaktik und spürbare Senkung der dortigen Klassenfrequenzen durch Vermehrung der Lehr- und Hilfskräfte;
- * im Sekundarschulbereich eine Verbesserung der Durchlässigkeit und
- * eine Neuordnung der Oberstufe;

- * Neubestimmung der Lernziele, Lerninhalte und Lernverfahren sowie
- * Förderung der dazu nötigen Forschung;
- * zügige Durchführung der bereits in Angriff genommenen oder vorgeschlagenen Schulversuche, insbesondere zur Ganztags- und zur Gesamtschule.

Im Bereich der Hochschule sehen die Kultusminister das aktuelle Problem in der Bewältigung des rasch wachsenden Bedarfs an Studienplätzen. Zu den von ihnen vorgeschlagenen vordringlichsten Aufgaben auf diesem Gebiet gehören:

- * verstärkter und beschleunigter Aus- und Neubau zur Verweigerung der Ausbildungskapazität;
- * eine Studienreform, die sich nicht nur in organisatorischen Maßnahmen erschöpft;
- * Neustrukturierung des Lehrkörpers und Verbesserung der Hochschuldidaktik;
- * Koordinierung der verschiedenen Einrichtungen im Hochschulbereich (dabei wurde der Begriff Gesamthochschule, der in der augenblicklichen Diskussion oft zu hören ist, vermieden);
- * intensive und systematische Nutzung von Fernstudiengängen, Massenmedien und unterrichtstechnischen Hilfsmitteln;

Schließlich vergessen die Kultusminister in diesem Zusammenhang auch die Lehrer nicht. Sie fordern "mehr und besser ausgebildete Lehrer für die Schule und die Hochschule von morgen. Das setzt die von der Kultusministerkonferenz bereits begonnene Reform und Harmonisierung der Lehrausbildung voraus." Obwohl die Kultusminister in der Präambel ihrer Erklärung ausdrücklich auf das Jahr 1980 abzielen, konnten sie sich in ihrem Forderungskatalog noch nicht zur universitären Ausbildung aller Lehrer durchringen. Das ist bedauerlich.

Das alles ist gewiß ein Katalog dringend zu verwirklichender Forderungen, aber er ist maßvoll genug. Er ist sicher im Sinne von Mindestforderungen zu verstehen. Dieser Ansicht sind die Kultusminister vermutlich selbst, wenn sie schreiben: "Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können die eingeleiteten organisatorischen und gesellschaftspolitischen Reformen im Schul- und Hochschulbereich Erfolg haben!"

Was allerdings die Ausführung der gestellten Forderungen betrifft, so bescheiden sich die Kultusminister selbst, indem sie darauf hinweisen, "daß die Kultusministerkonferenz kein legislatives oder exekutives Organ ist und daß sie daher den Regierungen und Parlamenten nur Empfehlungen geben kann."

Trotzdem kann man die Erklärung der Kultusminister nicht als bloße Deklaration abtun. Was die KMK leisten konnte, hat sie getan, nämlich einheitliche Zielvorstellungen zu entwickeln und sich in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen um ihre Verwirklichung zu bemühen. Diese Aufgabe ist besonders schwierig, weil in der heutigen Gesellschaft nicht in allen bildungspolitischen Grundfragen Übereinstimmung besteht; gerade darum aber ist sie besonders notwendig." Und das ist wirklich eine anerkennenswerte und notwendige Leistung.

Die Gretchen-Frage allerdings haben sich die Kultusminister bis zum Schluß aufgespart: das alles kostet Geld. Zwar können die Minister ein Anwachsen der Bildungsausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren bestätigen, aber diese Summen reichen nicht aus, müssen noch gesteigert werden.

Und das ist nur zu erreichen, wenn neue Prioritäten gesetzt werden. Die Kultusminister meinen selbst dazu: "Die Kultusminister und -senatoren müssen daher fordern, daß nunmehr von Bund und Ländern neue Prioritäten bestimmt werden und dem gesamten Bildungswesen Vorrang eingeräumt wird. Nur wenn sie hierfür die Unterstützung aller Verantwortlichen finden, sind sie in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen."

Auch mit der Forderung nach mehr Geld für das Bildungswesen finden sich die Kultusminister in bester Gesellschaft. Im Juni dieses Jahres veröffentlichte die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der der Deutsche Städtetag, der Deutsche Gemeindetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtebund angehören, eine Stellungnahme zur Empfehlung des Bildungsrates zur Einrichtung von Schulversuchen mit der Gesamtschule. In dieser Stellungnahme verweisen die Kreise und Kommunen auch eindringlich auf die Notwendigkeit der Lösung der finanziellen Frage.

Gerade darum aber wird einem angst, wenn man an die augenblickliche wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik denkt. Steuermilliarden sollen eingefroren werden, weil man die D-Mark nicht aufwerten will - und das trotz eines deutlichen Gutachtens des Sachverständigenrates und entgegen der Meinung zahlreicher Fachleute. Die Folge davon wird sein, daß diese beispielsweise für Bildungsausgaben dringend benötigten Milliarden in einen Juliusturm wandern und daß durch die zu erwartenden Preiserhöhungen das für den Bildungsbereich zur Verfügung stehende Geld noch knapper wird. - Andererseits kann aber gerade jetzt auch der Wähler über die Bestimmung der neuen Prioritäten mitentscheiden. Möge er dabei das zwar schon abgegriffen klingende aber immer noch aktuelle Wort bedenken: Bildung entscheidet unser Schicksal! + + + - 5 -

Hessen macht ernst

Verwaltungsreform als Chance

Von Albert Osswald, hessischer Finanzminister

Mit der Einführung des EDV-Modells ist Hessen das erste Land in der Bundesrepublik, das die elektronische Datenverarbeitung in umfassender Weise in die öffentliche Verwaltung eingeführt hat. Es wird dazu beitragen, das Geschehen in der Verwaltung dem Bürger klar und übersichtlich darzulegen, und die öffentliche Hand zum wirtschaftlichen Denken und Handeln zu verpflichten.

Damit der Bürger in unserer immer komplizierter werdenden Welt nicht in eine passive Haltung gedrängt wird, müssen wir ihm jetzt stärkere Orientierungshilfen geben, damit er mitdenken und mitwirken kann. Denn es genügt nicht nur, daß er den guten Willen zur demokratischen Mitarbeit hat; er muß auch die Chance haben, wichtige politische Entscheidungen auf der Gemeinde-Ebene erfolgreich zu lösen. Das ist nicht möglich ohne Bildung und Wissen.

Bildung - die Kernfrage

Die Frage nach der Verteilung der immateriellen Werte des Wissens und der Bildung gewinnt so eine soziale Bedeutung wie nie zuvor. Mit Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Frage der Bildung heute an die Stelle getreten ist, die die soziale Frage im 19. Jahrhundert hatte. Bildung ist nicht mehr nur das entscheidende Kriterium für den sozialen Aufstieg, sie hat zugleich die Aufgabe, dem Bürger das Wissen und die Orientierung zu vermitteln, die ihn befähigen, unsere Gesellschaft mitzugestalten.

Bürger ohne Bildung, die sie nicht zu einem Verständnis der Zusammenhänge in unserer sich schnell wandelnden Welt befähigt, gefährden eine menschenwürdige freiheitliche Ordnung unserer Gesellschaft. Wir stehen vor der Aufgabe, zu überdenken, wie wir ein Bildungsbewußtsein entwickeln können, das sich an der Erkenntnis der grundlegenden politischen Bedeutung als Selbstverantwortung orientiert.

Die Bereitschaft des Bürgers zum politischen Engagement und zur verantwortlichen Partizipation in unserem Gemeinwesen zu wecken, bedarf vor allem auch der Möglichkeit nach vollständiger Information. Die Demokratie lebt und entfaltet sich aus der Informiertheit ihrer Bürger. Wir sollten es daher als unsere Verpflichtung betrachten, das Geflecht

der Interessen der Bürger soweit als möglich verständlich zu machen. Im Zustand unbegrenzter Information ist eine andere als eine wirklich demokratische Entwicklung nicht vorstellbar. Nur durch eine ständige und umfassende Information über die in der Gesellschaft relevanten Vorgänge und Diskussionen und über die Auswirkungen künftiger politischer Entscheidungen können wir den notwendigen Prozeß demokratischer Bewußtseinsbildung zu einem demokratischen Selbstverständnis weiterentwickeln.

Wenn wir bei dem Bürger das Gefühl vermeiden wollen, daß er nur zur Bestätigung oder zur Verneinung von fertigen Plänen oder Entschlüssen herangezogen wird, die ohne seine Mitwirkung entstanden sind, müssen wir an seine individuelle Initiative und Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit unter Übernahme von Verantwortung appellieren. Diese Eigenschaften werden uns auch im Zeichen der Automation durch die Elektronik nicht abgenommen werden können. Denn nach wie vor wird es die Möglichkeit des politisch mündigen Bürgers bleiben, sich zu entscheiden, für welche Intentionen er sich einsetzen will und welche Impulse mobilisiert werden sollen.

Während CDU und FDP mit ihrer Forderung auf Bildung von größeren Verwaltungseinheiten auf traditioneller Basis sich an patriarchalischen Vorstellungen aus der Bismarckzeit orientieren, hat die Hessische Landesregierung mit der Institutionalisierung einer Landeszentrale für Datenverarbeitung den entscheidenden Schritt für eine effektive Datenzentralisierung und Demokratisierung in der Verwaltung ermöglicht. Es ist sozialdemokratische Tradition, über das Wohl des Bürgers nicht "von oben" zu entscheiden, sondern den Prozeß der demokratischen Willensbildung sich von unten her entwickeln zu lassen.

Beteiligung der breiten Schichten notwendig

Denn unsere Gesellschaft kann auf die Dauer ohne eine Beteiligung der breiten Schichten an den zu gestaltenden Aufgaben in allen Lebensbereichen nicht funktionieren. In dem vorliegenden Zeitalter wachsender Arbeitsrationalisierung werden mehr und mehr Bürger über die Zeit verfügen, die notwendig sein wird, um sich nach gründlicher Information an der demokratischen Mitsprache über die Zukunft zu beteiligen. Darum müssen wir nach neuartigen Formen der Dezentralisation im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich und nach neuartigen Formen der Entscheidungs- und Lenkungsfunktionen suchen, die das Interesse des Bürgers an den Problemen und Entscheidungen in der Politik weiter erhöhen.

Leider hat sich die Wissenschaft in Deutschland mit dem zentralen Thema, wie Entscheidungsprozesse im kommunalen Bereich verlaufen, kaum, und wenn, dann nur am Rande beschäftigt. Wir sollten auch sie aufrufen, der Frage nach den Möglichkeiten einer Neubelebung der Demokratie von unten nach oben ihre besondere Aufmerksamkeit nicht zu versagen.

Es liegt im Wesen der Demokratie, daß sie die Verantwortung des einzelnen für das Gesamtwohl zum Prinzip erhebt. Nehmen wir das ernst, indem wir sie nicht als Staatsform, sondern als Lebensform praktizieren. Die Demokratie kann nur leben, wenn ihre Bürger in eigener Verantwortung mit Hilfe und unter Ausnutzung der vorhandenen technischen Einrichtungen handeln können und handeln, wie es das Grundgesetz vorschreibt.

Frankreichs Weg nach Europa

Bereitschaft zu konkreten Verhandlungen

Von Georg Scheuer, Paris

Der schrittweise Abbau der gaullistischen Veto-Politik in europäischen Fragen hat begonnen. Jahrelang getürmte politische und psychologische Hindernisse fallen. Das Währungsabkommen der sechs EWG-Finanzminister und die Agrarregelung sind Marksteine. Der nächste "EWG-Gipfel" könnte zum Wendepunkt werden.

Das bedeutet jedoch noch nicht, daß alle politischen Schwierigkeiten bis zu der Anfang 1970 beginnenden "zweiten Generation" des Gemeinsamen Marktes aus dem Weg geräumt sind.

Über die "Prinzipien" des Gemeinsamen Marktes sind sich die sechs Partner grundsätzlich einig: Vollendung, Verstärkung, Verbreiterung.

Wie aber liegen die Akzente? Frankreich unterstreicht die Notwendigkeit der "Vollendung", Holland die "Verbreiterung". Paris verlangt jetzt von seinen Partnern den "Beweis", daß neue Beitritte die EWG tatsächlich nicht schwächen".

Nou ist in der französischen Außenpolitik jedenfalls die Bereitschaft zu konkreten Verhandlungen und der Verzicht auf systematische Verschleppung. Eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der EWG stehen zur Debatte: Schritte von der Zoll- zur Wirtschaftsunion, gemeinsame Energie-, Industrie- und Verkehrspolitik. Allzu lange sprach man in Brüssel von Landwirtschaft, nun rückt die Industrie auf die Tagesordnung.

Von Schuman bis Schumann

Ein Franzose namens Robert Schuman war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Väter des Europagedankens. Gegen den Widerstand der damaligen Gaullisten und Kommunisten wurden die ersten Grundlagen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelegt.

Nach dem Sturz der 4. Republik mußte sich das gaullistische Regime mit den europäischen Gegebenheiten abfinden. Die bereits gelegten Grundlagen der EWG mußten übernommen werden, der weitere Ausbau wurde jedoch gebremst oder verhindert.

Ein französischer Außenminister namens Maurice Schumann, vormaliger "Europäer" in der christlich-demokratischen MSP, dann "Weggeführte" der Gaullisten, versucht jetzt Frankreich auf europäische Wege zurückzuführen, den unterbrochenen Aufbau fortzusetzen.

Neuer Kurs

Der eigentliche Sinn des französischen Präsidenten- und Regierungswechsels von General de Gaulle-Corve de Murville-Debré zu Pompidou-Gabran-Delmas-Schumann wird nach und nach offenbar. Es gibt Regime, die mit neuen Phrasen die Fortsetzung der alten Politik verkleiden. Es gibt aber auch Regierungen, die umgekehrt, mit herkömmlichen Formulierungen einen neuen Kurs einleiten.

In diesem Sinn handelt Pompidou und das von ihm ernannte Kabinett. Nach außen hin soll angesichts der teilweise fortwirkenden moralischen Autorität des Generals ein offener Bruch mit der Tradition der letzten zehn Jahre vermieden werden. Wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeiten erzwingen jedoch einen neuen Europakurs.